

**Prüfungsordnung für Fortbildungsprüfungen
gemäß § 56 Absatz 1 in Verbindung mit § 47 Absatz 1
Berufsbildungsgesetz (PO-F-BBiG)**

Aufgrund des Beschlusses des rheinland-pfälzischen Berufsbildungsausschusses öffentlicher Dienst vom 21.04.2009 erlässt die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion als zuständige Stelle nach § 56 Abs. 1 in Verbindung mit § 47 Berufsbildungsgesetz (BBiG) und § 3 der Landesverordnung über Zuständigkeiten für die Berufsbildung nach dem Berufsbildungsgesetz und der Handwerksordnung vom 04.03.2009 die nachfolgende Prüfungsordnung für Fortbildungsprüfungen:

Inhaltsverzeichnis

Erster Abschnitt: Prüfungsausschüsse

- § 1 Errichtung
- § 2 Zusammensetzung und Berufung
- § 3 Ausschluss von der Mitwirkung
- § 4 Vorsitz, Beschlussfähigkeit, Abstimmung
- § 5 Geschäftsführung
- § 6 Verschwiegenheit

Zweiter Abschnitt: Vorbereitung der Fortbildungsprüfung

- § 7 Prüfungstermine
- § 8 Zulassung zur Fortbildungsprüfung
- § 9 Befreiung von vergleichbaren Prüfungsbestandteilen
- § 10 Entscheidung über die Zulassung und über Befreiungsanträge

Dritter Abschnitt: Durchführung der Fortbildungsprüfung

- § 11 Prüfungsgegenstand, Prüfungssprache
- § 12 Gliederung der Prüfung
- § 13 Prüfungsaufgaben
- § 14 Nachteilsausgleich für behinderte Menschen

	<p>§ 15 Nichtöffentlichkeit</p> <p>§ 16 Leitung, Aufsicht und Niederschrift</p> <p>§ 17 Ausweispflicht und Belehrung</p> <p>§ 18 Täuschungshandlungen und Ordnungsverstöße</p> <p>§ 19 Rücktritt, Nichtteilnahme</p> <p>Vierter Abschnitt: Bewertung, Feststellung und Beurkundung des Prüfungsergebnisses</p> <p>§ 20 Bewertungsschlüssel</p> <p>§ 21 Bewertungsverfahren, Feststellung der Prüfungsergebnisse</p> <p>§ 22 Ergebnisniederschrift, Mitteilung über das Bestehen oder Nichtbestehen</p> <p>§ 23 Prüfungszeugnis</p> <p>§ 24 Bescheid über nicht bestandene Prüfung</p> <p>Fünfter Abschnitt: Wiederholungsprüfung</p> <p>§ 25 Wiederholungsprüfung</p> <p>Sechster Abschnitt: Schlussbestimmungen</p> <p>§ 26 Rechtsbehelfsbelehrung</p> <p>§ 27 Prüfungsunterlagen</p> <p>§ 28 Inkrafttreten, Genehmigung</p>
	1. Abschnitt: Prüfungsausschüsse
§ 1	<p>Errichtung</p> <p>(1) Für die Durchführung von Prüfungen im Bereich der beruflichen Fortbildung errichtet die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion als die nach Landesrecht zuständige Stelle Prüfungsausschüsse (§ 56 Abs. 1 Satz 1 BBiG). Bei Bedarf, insbesondere bei einer großen Anzahl von Prüfungsbewerberinnen und -bewerbern, können mehrere Prüfungsausschüsse errichtet werden.</p>

	<p>(2) Soweit die Fortbildungsregelungen nach §§ 53 und 54 BBiG selbstständige Prüfungsteile beinhalten, können zur Durchführung der Teilprüfungen eigene Prüfungsausschüsse gebildet werden.</p> <p>(3) Mehrere zuständige Stellen können bei einer von ihnen gemeinsame Prüfungsausschüsse errichten.</p>
<p>§ 2</p>	<p>Zusammensetzung und Berufung</p> <p>(1) Der Prüfungsausschuss besteht aus mindestens drei Mitgliedern. Die Mitglieder von Prüfungsausschüssen sind hinsichtlich der Beurteilung der Prüfungsleistungen unabhängig und nicht an Weisungen gebunden. Die Mitglieder müssen für die Prüfungsgebiete sachkundig und für die Mitwirkung im Prüfungswesen geeignet sein (§ 56 Abs. 1 i.V.m. § 40 Abs. 1 BBiG).</p> <p>(2) Dem Prüfungsausschuss müssen als Mitglieder Beauftragte der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer in gleicher Zahl sowie mindestens eine Person, die als Lehrkraft im beruflichen Schul- oder Fortbildungswesen tätig ist, angehören. Mindestens zwei Drittel der Gesamtzahl der Mitglieder müssen Beauftragte der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer sein (§ 56 Abs. 1 i.V.m. § 40 Abs. 2 Sätze 1 und 2 BBiG).</p> <p>(3) Die Mitglieder werden von der zuständigen Stelle für eine einheitliche Periode, längstens für fünf Jahre berufen (§ 56 Abs. 1 i.V.m. § 40 Abs. 3 Satz 1 BBiG).</p> <p>(4) Die Beauftragten der Arbeitnehmer werden auf Vorschlag der in Rheinland- Pfalz bestehenden Gewerkschaften und selbstständigen Vereinigungen von Arbeitnehmern mit sozial- oder berufspolitischer Zwecksetzung berufen (§ 56 Abs. 1 i.V.m. § 40 Abs. 3 Satz 2 BBiG).</p> <p>(5) Lehrkräfte im beruflichen Schul- oder Fortbildungswesen werden im Einvernehmen mit der Schulaufsichtsbehörde oder der von ihr bestimmten Stelle berufen (§ 56 Abs. 1 i.V.m. § 40 Abs. 3 Satz 3 BBiG). Soweit es sich um Lehrkräfte von Fortbildungseinrichtungen handelt, werden sie von den Fortbildungseinrichtungen benannt.</p> <p>(6) Werden Mitglieder nicht oder nicht in ausreichender Zahl innerhalb einer von der zuständigen Stelle gesetzten angemessenen Frist vorgeschlagen, so beruft die zuständige Stelle insoweit nach pflichtgemäßem Ermessen (§ 56 Abs. 1 i.V.m. § 40 Abs. 3 Satz 4 BBiG).</p>

(7) Die Mitglieder der Prüfungsausschüsse können nach Anhörung der an ihrer Berufung Beteiligten aus wichtigem Grunde abberufen werden (§ 56 Abs. 1 i.V.m. § 40 Abs. 3 Satz 5 BBiG).

(8) Die Mitglieder haben Stellvertreter oder Stellvertreterinnen (§ 56 Abs. 1 i.V.m. § 40 Abs. 2 Satz 3 BBiG). Die Absätze 3 bis 7 gelten für sie entsprechend.

(9) Die Tätigkeit im Prüfungsausschuss ist ehrenamtlich. Für bare Auslagen und für Zeitversäumnis ist, soweit eine Entschädigung nicht von anderer Seite gewährt wird, eine angemessene Entschädigung zu zahlen, deren Höhe von der zuständigen Stelle mit Genehmigung der obersten Landesbehörde festgesetzt wird (§ 56 Abs. 1 i.V.m. § 40 Abs. 4 BBiG).

(10) Von den Absätzen 2 und 8 darf nur abgewichen werden, wenn andernfalls die erforderliche Zahl von Mitgliedern des Prüfungsausschusses nicht berufen werden kann (§ 56 Abs. 1 i.V.m. § 40 Abs. 5 BBiG).

§ 3

Ausschluss von der Mitwirkung

(1) Bei der Zulassung und Prüfung dürfen Angehörige der Prüfungsbewerberinnen/ Prüfungsbewerber nicht mitwirken.

Angehörige im Sinne des Satzes 1 sind:

1. Verlobte,
2. Ehegatten,
3. eingetragene Lebenspartnerinnen und Lebenspartner,
4. Verwandte und Verschwägerte gerader Linie,
5. Geschwister,
6. Kinder der Geschwister,
7. Ehegatten und eingetragene Lebenspartnerinnen und Lebenspartner der Geschwister sowie Geschwister der Ehegatten und eingetragenen Lebenspartnerinnen und Lebenspartner,
8. Geschwister der Eltern,
9. Personen, die durch ein auf längere Dauer angelegtes Pflegeverhältnis

mit häuslicher Gemeinschaft wie Eltern und Kind miteinander verbunden sind (Pflegeeltern und Pflegekinder).

Angehörige sind die im Satz 2 aufgeführten Personen auch dann, wenn

1. in den Fällen der Nummern 2, 3, 4 und 7 die die Beziehung begründende Ehe oder die Lebenspartnerschaft nicht mehr besteht;
2. in den Fällen der Nummern 4 bis 8 die Verwandtschaft oder Schwägerschaft durch Annahme als Kind erloschen ist;
3. im Falle der Nummer 9 die häusliche Gemeinschaft nicht mehr besteht, sofern die Personen weiterhin wie Eltern und Kind miteinander verbunden sind.

(2) Hält sich ein Prüfungsausschussmitglied nach Absatz 1 für ausgeschlossen oder bestehen Zweifel, ob die Voraussetzungen des Absatzes 1 gegeben sind, ist dies der zuständigen Stelle mitzuteilen, während der Prüfung der Aufsichtsführung. Die Entscheidung über den Ausschluss von der Mitwirkung trifft die zuständige Stelle, während der Prüfung der Prüfungsausschuss. Im letzteren Fall darf das betroffene Mitglied nicht mitwirken. Ausgeschlossene Personen dürfen bei der Beratung und Beschlussfassung nicht zugegen sein.

(3) Liegt ein Grund vor, der geeignet ist, Misstrauen gegen eine unparteiische Ausübung des Prüfungsamtes zu rechtfertigen, oder wird von einer Prüfungsteilnehmerin/ einem Prüfungsteilnehmer das Vorliegen eines solchen Grundes behauptet, so hat die betroffene Person dies der zuständigen Stelle mitzuteilen, während der Prüfung dem Prüfungsausschuss. Absatz 2 Sätze 2 bis 4 gelten entsprechend.

(4) Personen, die gegenüber der Prüfungsteilnehmerin/ dem Prüfungsteilnehmer Arbeitgeberfunktionen innehaben, sollen, soweit nicht besondere Umstände eine Mitwirkung zulassen oder erfordern, nicht mitwirken.

(5) Wenn in den Fällen der Absätze 1 bis 3 eine ordnungsgemäße Besetzung des Prüfungsausschusses nicht möglich ist, kann die zuständige Stelle die Durchführung der Prüfung einem anderen oder einem gemeinsamen Prüfungsausschuss übertragen. Erforderlichenfalls kann eine andere zuständige Stelle ersucht werden, die Prüfung durchzuführen. Das Gleiche gilt, wenn eine objektive Durchführung der Prüfung aus anderen Gründen nicht gewährleistet erscheint.

§ 4	<p>Vorsitz, Beschlussfähigkeit, Abstimmung</p> <p>(1) Der Prüfungsausschuss wählt aus seiner Mitte ein Mitglied, das den Vorsitz führt, und ein weiteres Mitglied, das den Vorsitz stellvertretend übernimmt. Der Vorsitz und das ihn stellvertretende Mitglied sollen nicht derselben Mitgliedergruppe angehören (§ 56 Abs. 1 i.V.m. § 41 Abs. 1 BBiG).</p> <p>(2) Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn zwei Drittel der Mitglieder, mindestens drei, mitwirken. Er beschließt mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des vorsitzenden Mitgliedes den Ausschlag (§ 56 Abs. 1 i.V.m. § 41 Abs. 2 BBiG).</p>
§ 5	<p>Geschäftsführung</p> <p>(1) Die Geschäftsführung des Prüfungsausschusses liegt in Abstimmung mit dem Prüfungsausschuss bei der zuständigen Stelle. Einladungen (Vorbereitung, Durchführung, Nachbereitung), Protokollführung und Durchführung der Beschlüsse werden im Einvernehmen mit dem Vorsitz des Prüfungsausschusses geregelt.</p> <p>(2) Zu den Sitzungen des Prüfungsausschusses ist rechtzeitig einzuladen. Im Verhinderungsfall ist die zuständige Stelle unverzüglich zu benachrichtigen.</p> <p>(3) Die Sitzungsprotokolle sind von der protokollführenden Person und dem Vorsitz zu unterzeichnen. § 22 Abs. 1 bleibt unberührt.</p>
§ 6	<p>Verschwiegenheit</p> <p>Unbeschadet bestehender Informationspflichten, insbesondere gegenüber dem Berufsbildungsausschuss und der zuständigen Stelle, haben die Mitglieder des Prüfungsausschusses und sonstige mit der Prüfung befassten Personen über alle Prüfungsvorgänge Verschwiegenheit gegenüber Dritten zu wahren.</p>
	<p>Zweiter Abschnitt: Vorbereitung der Fortbildungsprüfung</p>
§ 7	<p>Prüfungstermine</p> <p>(1) Die zuständige Stelle legt die Prüfungstermine je nach Bedarf fest. Die</p>

	<p>Termine sollen nach Möglichkeit mit den betroffenen Fortbildungseinrichtungen abgestimmt werden.</p> <p>(2) Die zuständige Stelle gibt die Prüfungstermine einschließlich der Anmeldefristen in geeigneter Weise öffentlich mindestens einen Monat vor Ablauf der Anmeldefrist bekannt. Wird die Anmeldefrist überschritten, kann die zuständige Stelle die Annahme des Antrags verweigern.</p> <p>(3) Werden für schriftlich durchzuführende Prüfungsbereiche einheitliche überregionale Aufgaben verwendet, sind dafür entsprechende überregional abgestimmte Prüfungstage anzusetzen.</p>
<p>§ 8</p>	<p>Zulassung zur Fortbildungsprüfung</p> <p>(1) Der Antrag auf Zulassung zur Prüfung ist schriftlich nach den von der zuständigen Stelle bestimmten Fristen und Formularen zu stellen. Dem Antrag auf Zulassung sind beizufügen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Angaben zur Person und 2. Angaben über die in den Absätzen 2 bis 4 genannten Voraussetzungen. <p>(2) Örtlich zuständig für die Zulassung zur Fortbildungsprüfung ist die zuständige Stelle, in deren Bezirk die Prüfungsbewerberin/ der Prüfungsbewerber</p> <ol style="list-style-type: none"> a) an einer Maßnahme der Fortbildung teilgenommen hat oder b) in einem Arbeitsverhältnis steht oder selbstständig tätig ist oder c) seinen/ ihren Wohnsitz hat. <p>(3) Zur Fortbildungsprüfung ist zuzulassen, wer die Zulassungsvoraussetzungen einer Fortbildungsregelung nach § 53 oder § 54 BBiG erfüllt.</p> <p>(4) Sofern die Fortbildungsordnung (§ 53 BBiG) oder eine Regelung der zuständigen Stelle (§ 54 BBiG) Zulassungsvoraussetzungen vorsieht, sind ausländische Bildungsabschlüsse und Zeiten der Berufstätigkeit im Ausland zu berücksichtigen (§ 55 BBiG).</p>
<p>§ 9</p>	<p>Befreiung von vergleichbaren Prüfungsbestandteilen</p> <p>(1) Die Prüfungsteilnehmerin/ der Prüfungsteilnehmer ist auf Antrag von der Ablegung einzelner Prüfungsbestandteile durch die zuständige Stelle</p>

	<p>zu befreien, wenn sie/ er eine andere vergleichbare Prüfung vor einer öffentlichen oder staatlich anerkannten Bildungseinrichtung oder vor einem staatlichen Prüfungsausschuss erfolgreich abgelegt hat und die Anmeldung zur Fortbildungsprüfung innerhalb von fünf Jahren nach Bekanntgabe des Bestehens der anderen Prüfung erfolgt (§ 56 Abs. 2 BBiG).</p> <p>(2) Anträge auf Befreiung von Prüfungsbestandteilen sind zusammen mit dem Zulassungsantrag schriftlich bei der zuständigen Stelle zu stellen. Die Nachweise über Befreiungsgründe im Sinne von Abs. 1 sind beizufügen.</p>
§ 10	<p>Entscheidung über die Zulassung und über Befreiungsanträge</p> <p>(1) Über die Zulassung sowie über die Befreiung von Prüfungsbestandteilen entscheidet die zuständige Stelle. Hält sie die Zulassungsvoraussetzungen oder die Befreiungsgründe nicht für gegeben, so entscheidet der Prüfungsausschuss (§ 56 Abs. 1 i.V.m. § 46 Abs. 1 BBiG).</p> <p>(2) Die Entscheidungen über die Zulassung und die Befreiung von Prüfungsbestandteilen sind der Prüfungsbewerberin/ dem Prüfungsbewerber rechtzeitig unter Angabe des Prüfungstages und -ortes einschließlich der erlaubten Arbeits- und Hilfsmittel mitzuteilen. Die Entscheidungen über die Nichtzulassung und über die Ablehnung der Befreiung sind der Prüfungsbewerberin/ dem Prüfungsbewerber schriftlich mit Begründung bekannt zu geben.</p> <p>(3) Die Zulassung und die Befreiung von Prüfungsbestandteilen können von der zuständigen Stelle bis zur Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses widerrufen werden, wenn sie aufgrund gefälschter Unterlagen oder falscher Angaben ausgesprochen wurde.</p>
	<p>Dritter Abschnitt: Durchführung der Fortbildungsprüfung</p>
§ 11	<p>Prüfungsgegenstand, Prüfungssprache</p> <p>(1) Soweit keine Fortbildungsordnungen nach § 53 BBiG erlassen sind, regelt die zuständige Stelle die Bezeichnung des Fortbildungsabschlusses, Ziel, Inhalt und Anforderungen der Prüfungen, die Zulassungsvoraussetzungen sowie das Prüfungsverfahren durch Fortbildungsprüfungsregelungen nach § 54 BBiG.</p> <p>(2) Die Prüfungssprache ist Deutsch soweit nicht die Fortbildungsordnung</p>

	<p>oder die -prüfungsregelung der zuständigen Stelle etwas anderes vorsieht.</p>
§ 12	<p>Gliederung der Prüfung</p> <p>Die Gliederung der Prüfung ergibt sich aus den Fortbildungsordnungen oder Fortbildungsprüfungsregelungen gemäß §§ 53, 54 BBiG (Prüfungsanforderungen).</p>
§ 13	<p>Prüfungsaufgaben</p> <p>(1) Der Prüfungsausschuss beschließt auf der Grundlage der Prüfungsanforderungen die Prüfungsaufgaben.</p> <p>(2) Überregional oder von einem Aufgabenerstellungsausschuss bei der zuständigen Stelle erstellte oder ausgewählte Aufgaben sind vom Prüfungsausschuss zu übernehmen, sofern diese Aufgaben von Gremien erstellt oder ausgewählt und beschlossen wurden, die entsprechend § 2 Abs. 2 zusammengesetzt sind und die zuständige Stelle über die Übernahme entschieden hat.</p>
§ 14	<p>Nachteilsausgleich für behinderte Menschen</p> <p>Bei der Durchführung der Prüfung sollen die besonderen Verhältnisse behinderter Menschen berücksichtigt werden. Dies gilt insbesondere für die Dauer der Prüfung, die Zulassung von Hilfsmitteln und die Inanspruchnahme von Hilfeleistungen Dritter wie Gebärdensprachdolmetscher für hörbehinderte Menschen (§ 65 Abs. 1 BBiG). Die Art der Behinderung ist mit dem Antrag auf Zulassung zur Prüfung (§ 8 Abs. 1) durch ein ärztliches Attest nachzuweisen.</p>
§ 15	<p>Nichtöffentlichkeit</p> <p>Die Prüfungen sind nicht öffentlich. Vertreter und Vertreterinnen der obersten Landesbehörden, der zuständigen Stelle sowie die Mitglieder des Berufsbildungsausschusses der zuständigen Stelle können anwesend sein. Der Prüfungsausschuss kann im Einvernehmen mit der zuständigen Stelle andere Personen als Gäste zulassen. Der Prüfling kann durch vorherige schriftliche Erklärung die Teilnahme des letztgenannten Personenkreises ablehnen. An der Beratung über das Prüfungsergebnis im Sinne des § 21 Abs. 1 Satz 2 dürfen nur die Mitglieder des Prüfungsausschusses beteiligt sein.</p>

<p>§ 16</p>	<p>Leitung, Aufsicht und Niederschrift</p> <p>(1) Die Prüfung wird unter Leitung des Vorsitzes vom gesamten Prüfungsausschuss unbeschadet der Regelungen in § 21 Abs. 3 abgenommen.</p> <p>(2) Die zuständige Stelle regelt im Einvernehmen mit dem Prüfungsausschuss die Aufsichtsführung, die sicherstellen soll, dass die Prüfungsleistungen selbstständig und nur mit erlaubten Arbeits- und Hilfsmitteln durchgeführt werden.</p> <p>(3) Störungen durch äußere Einflüsse müssen von Prüfungsteilnehmern ausdrücklich gegenüber der Aufsicht oder dem Vorsitz gerügt werden. Entstehen durch die Störungen erhebliche Beeinträchtigungen, entscheidet der Prüfungsausschuss über Art und Umfang von geeigneten Ausgleichsmaßnahmen. Bei der Durchführung von schriftlichen Prüfungen kann die Aufsicht über die Gewährung einer Zeitverlängerung entscheiden.</p> <p>(4) Über den Ablauf der Prüfung ist eine Niederschrift zu fertigen.</p>
<p>§ 17</p>	<p>Ausweispflicht und Belehrung</p> <p>Die Prüfungsteilnehmerin/ der Prüfungsteilnehmer hat sich auf Verlangen des Vorsitzes oder der Aufsichtsführung über ihre/ seine Person auszuweisen. Sie/ er ist vor Beginn der Prüfung über den Prüfungsablauf, die zur Verfügung stehende Zeit, die erlaubten Arbeits- und Hilfsmittel, die Folgen von Täuschungshandlungen, Ordnungsverstößen, Rücktritt und Nichtteilnahme zu belehren.</p>
<p>§ 18</p>	<p>Täuschungshandlungen und Ordnungsverstöße</p> <p>(1) Unternimmt es eine Prüfungsteilnehmerin/ ein Prüfungsteilnehmer, das Prüfungsergebnis durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen oder leistet sie/ er Beihilfe zu einer Täuschung oder einem Täuschungsversuch, liegt eine Täuschungshandlung vor.</p> <p>(2) Wird während der Prüfung festgestellt, dass eine Prüfungsteilnehmerin/ ein Prüfungsteilnehmer eine Täuschungshandlung begeht oder einen entsprechenden Verdacht hervorruft, ist der Sachverhalt von der Aufsichtsführung festzustellen und zu protokollieren. Die Prüfungsteil-</p>

	<p>nehmerin/ der Prüfungsteilnehmer setzt die Prüfung vorbehaltlich der Entscheidung des Prüfungsausschusses über die Täuschungshandlung fort.</p> <p>(3) Liegt eine Täuschungshandlung vor, wird die von der Täuschungshandlung betroffene Prüfungsleistung mit „ungenügend“ (= 0 Punkte) bewertet. In schweren Fällen, insbesondere bei vorbereiteten Täuschungshandlungen, kann der Prüfungsausschuss den Prüfungsteil oder die gesamte Prüfung mit „ungenügend“ (= 0 Punkte) bewerten.</p> <p>(4) Behindert eine Prüfungsteilnehmerin/ ein Prüfungsteilnehmer durch ihr/ sein Verhalten die Prüfung so, dass die Prüfung nicht ordnungsgemäß durchgeführt werden kann, ist sie/ er von der Teilnahme auszuschließen. Die Entscheidung hierüber kann von der Aufsichtsführung getroffen werden. Die endgültige Entscheidung über die Folgen für die Prüfungsteilnehmerin/ den Prüfungsteilnehmer hat der Prüfungsausschuss unverzüglich zu treffen. Absatz 3 gilt entsprechend. Gleiches gilt bei Nichtbeachtung der Sicherheitsvorschriften.</p> <p>(5) Vor Entscheidungen des Prüfungsausschusses nach den Absätzen 3 und 4 ist die Prüfungsteilnehmerin/ der Prüfungsteilnehmer zu hören.</p> <p>(6) Die Absätze 1 und 3 gelten entsprechend bei innerhalb eines Jahres nachträglich festgestellten Täuschungshandlungen.</p>
<p>§ 19</p>	<p>Rücktritt, Nichtteilnahme</p> <p>(1) Die Prüfungsteilnehmerin/ der Prüfungsteilnehmer kann nach erfolgter Anmeldung vor Beginn der Prüfung (bei schriftlichen Prüfungen vor Bekanntgabe der Prüfungsaufgaben) durch schriftliche Erklärung zurücktreten. In diesem Fall gilt die Prüfung als nicht abgelegt.</p> <p>(2) Versäumt die Prüfungsteilnehmerin/ der Prüfungsteilnehmer einen Prüfungstermin, so werden bereits erbrachte selbstständige Prüfungsleistungen anerkannt, wenn ein wichtiger Grund für die Nichtteilnahme vorliegt. Selbstständige Prüfungsleistungen sind solche, die thematisch klar abgrenzbar und nicht auf eine andere Prüfungsleistung bezogen sind sowie eigenständig bewertet werden.</p> <p>(3) Erfolgt der Rücktritt nach Beginn der Prüfung oder nimmt die Prüfungsteilnehmerin/ der Prüfungsteilnehmer an der Prüfung nicht teil, ohne dass ein wichtiger Grund vorliegt, so wird die Prüfung mit</p>

	<p>„ungenügend“ (= 0 Punkte) bewertet.</p> <p>(4) Der wichtige Grund ist unverzüglich mitzuteilen und nachzuweisen. Im Krankheitsfall ist die Vorlage eines ärztlichen Attestes erforderlich.</p> <p>(5) Über das Vorliegen eines wichtigen Grundes entscheidet die zuständige Stelle.</p> <p>(6) Bei den zeitlichen auseinander fallenden Teilen einer Prüfung gelten die Absätze 1 bis 3 für jeden Teil der Prüfung.</p>
	<p>Vierter Abschnitt: Bewertung, Feststellung und Beurkundung des Prüfungsergebnisses</p>
§ 20	<p>Bewertungsschlüssel</p> <p>Die Prüfungsleistungen sind wie folgt zu bewerten:</p> <p>Eine den Anforderungen in besonderem Maße entsprechende Leistung = 100-92 Punkte = Note 1 = sehr gut;</p> <p>eine den Anforderungen voll entsprechende Leistung = unter 92-81 Punkte = Note 2 = gut;</p> <p>eine den Anforderungen im Allgemeinen entsprechende Leistung = unter 81-67 Punkte = Note 3 = befriedigend;</p> <p>eine Leistung, die zwar Mängel aufweist, aber im Ganzen den Anforderungen noch entspricht = unter 67-50 Punkte = Note 4 = ausreichend;</p> <p>eine Leistung, die den Anforderungen nicht entspricht, jedoch erkennen lässt, dass gewisse Grundkenntnisse noch vorhanden sind = unter 50-30 Punkte = Note 5 = mangelhaft;</p> <p>eine Leistung, die den Anforderungen nicht entspricht und bei der selbst Grundkenntnisse fehlen = unter 30-0 Punkte = Note 6 = ungenügend.</p> <p>Der Hundert-Punkte-Schlüssel ist der Bewertung aller Prüfungsleistungen sowie der Ermittlung von Zwischen- und Gesamtergebnissen zugrunde zu legen.</p>
§ 21	<p>Bewertungsverfahren, Feststellung der Prüfungsergebnisse</p> <p>(1) Jedes Mitglied des Prüfungsausschusses hat die von ihm zu</p>

	<p>prüfenden Leistungen selbstständig zu bewerten. Beschlüsse über die Bewertung einzelner Prüfungsleistungen, der Prüfung insgesamt sowie über das Bestehen und Nichtbestehen der Prüfung werden vom Prüfungsausschuss gefasst. Bei der gemeinsamen Feststellung der Ergebnisse dienen die Einzelbewertungen der Prüfungsausschussmitglieder als Grundlage.</p> <p>(2) Bei der Feststellung von Prüfungsergebnissen bleiben Prüfungsleistungen, von denen befreit worden ist (§ 9), außer Betracht.</p> <p>(3) Zur Vorbereitung der Beschlussfassung nach Absatz 1 kann der Vorsitz mindestens zwei Mitglieder mit der Bewertung einzelner, nicht mündlich zu erbringender Prüfungsleistungen beauftragen. Die Beauftragten sollen nicht derselben Mitgliedergruppe angehören. Die beauftragten Mitglieder dokumentieren die wesentlichen Abläufe und halten die für die Bewertung erheblichen Tatsachen fest (§ 56 Abs. 1 i.V.m. § 42 Abs. 2 und 3 BBiG). Die übrigen Mitglieder des Prüfungsausschusses sind bei der Beschlussfassung nach Absatz 1 nicht an die Einzelbewertungen der beauftragten Mitglieder gebunden.</p> <p>(4) Weichen Bewertungen der einzelnen schriftlichen Prüfungsleistungen durch zwei Mitglieder des Prüfungsausschusses um nicht mehr als zehn Punkte voneinander ab, so gilt grundsätzlich die Durchschnittspunktzahl. Bei größeren Abweichungen entscheidet der Prüfungsausschuss. Er kann die Entscheidung auch einem dritten Mitglied im Rahmen der abgegebenen Bewertung übertragen (Stichentscheid).</p> <p>(5) Soweit Bewertungen zu Ergebnissen zusammengefasst werden, sind diese bis auf eine Dezimalstelle auszurechnen; beträgt die zweite Dezimalstelle 1 – 4 wird abgerundet, beträgt sie 5 – 9 wird aufgerundet. Dies gilt entsprechend für die Berechnung des Gesamtergebnisses. Die so ermittelten Ergebnisse sind Grundlage für die Zuordnung zu Noten und zur Gesamtnote. Soweit eine Bewertung der Leistungen nach dem Punktsystem nicht sachgerecht ist, ist die Bewertung nur nach Noten vorzunehmen. Bei programmierter Prüfung ist eine der Prüfungsart entsprechende Bewertung vorzunehmen.</p> <p>Die jeweiligen Verordnungen sind zugrunde zu legen.</p>
§ 22	<p>Ergebnisniederschrift, Mitteilung über Bestehen oder Nichtbestehen</p> <p>(1) Über die Feststellung der einzelnen Prüfungsergebnisse sowie des Gesamtergebnisses ist eine Niederschrift auf den Formularen der zuständigen Stelle zu fertigen. Sie ist von den Mitgliedern des Prüfungsausschusses zu unterzeichnen und der zuständigen Stelle unverzüglich</p>

	<p>vorzulegen.</p> <p>(2) Die Prüfung ist vorbehaltlich der Fortbildungsregelungen nach §§ 53, 54 BBiG insgesamt bestanden, wenn in jedem der einzelnen Prüfungsbestandteile mindestens ausreichende Leistungen erbracht worden sind.</p> <p>(3) Sofern die Prüfung in zwei zeitlich auseinander fallenden Teilen durchgeführt wird, ist das Ergebnis der Prüfungsleistung im ersten Teil der Prüfung dem Prüfling schriftlich mitzuteilen (§ 56 Abs. 1 i.V.m. § 37 Abs. 2 Satz 3 BBiG).</p> <p>(4) Der Prüfungsteilnehmerin/ dem Prüfungsteilnehmer soll unmittelbar nach Feststellung des Gesamtergebnisses der Prüfung mitgeteilt werden, ob sie/ er die Prüfung „bestanden“ oder „nicht bestanden“ hat. Kann die Feststellung des Prüfungsergebnisses nicht am Tag der letzten Prüfungsleistung getroffen werden, so hat der Prüfungsausschuss diese unverzüglich zu treffen und der Prüfungsteilnehmerin/ dem Prüfungsteilnehmer mitzuteilen.</p> <p>(5) Über das Bestehen eines Prüfungsteils erhält die Prüfungsteilnehmerin/ der Prüfungsteilnehmer Bescheid, wenn für den Prüfungsteil ein eigener Prüfungsausschuss gemäß § 1 Abs. 2 gebildet werden kann.</p>
<p>§ 23</p>	<p>Prüfungszeugnis</p> <p>(1) Über die Prüfung erhält die Prüfungsteilnehmerin/ der Prüfungsteilnehmer von der zuständigen Stelle ein Zeugnis (§ 56 Abs. 1 i.V.m. § 37 Abs. 2 BBiG). Der von der zuständigen Stelle vorgeschriebene Vordruck, soweit keine Bestimmungen der Fortbildungsordnungen nach § 53 BBiG entgegenstehen, ist zu verwenden.</p> <p>(2) Das Prüfungszeugnis enthält</p> <ul style="list-style-type: none"> die Bezeichnung „Zeugnis“ und die Angabe der Fortbildungsregelung, die Personalien der Prüfungsteilnehmerin/ des Prüfungsteilnehmers (Name, Vorname, Geburtsdatum), die Bezeichnung der Fortbildungsprüfung mit Datum und Fundstelle, die Ergebnisse der Fortbildungsprüfung nach Maßgabe der jeweiligen Fortbildungsregelung sowie Angaben zu Befreiungen

	<p>von Prüfungsbestandteilen,</p> <p>das Datum des Bestehens der Prüfung,</p> <p>die Namenswiedergaben (Faksimile) oder Unterschriften des Vorsitzes des Prüfungsausschusses und der beauftragten Person der zuständigen Stelle mit Siegel.</p> <p>(3) Dem Zeugnis ist auf Antrag der Prüfungsteilnehmerin/ des Prüfungsteilnehmers eine englischsprachige und eine französischsprachige Übersetzung beizufügen (§ 56 Abs. 1 i.V.m. § 37 Abs. 3 Satz 1 BBiG).</p> <p>(4) Hat der Prüfling die Meisterprüfung und die berufs- und arbeitspädagogische Prüfung bestanden, so erhält er einen Meisterbrief. Der Meisterbrief ist vom Vorsitz des Prüfungsausschusses und einer beauftragten Person der zuständigen Stelle zu unterzeichnen und mit dem Dienstsiegel zu versehen.</p>
§ 24	<p>Bescheid über nicht bestandene Prüfung</p> <p>(1) Bei nicht bestandener Prüfung erhält die Prüfungsteilnehmerin/ der Prüfungsteilnehmer von der zuständigen Stelle einen schriftlichen Bescheid. Darin ist anzugeben, welche Prüfungsleistungen in einer Wiederholungsprüfung nicht mehr wiederholt werden müssen (§ 25 Abs. 2 und 3). Die von der zuständigen Stelle vorgeschriebenen Formulare sind zu verwenden.</p> <p>(2) Auf die besonderen Bedingungen der Wiederholungsprüfung gemäß § 25 ist hinzuweisen.</p>
	<p>Fünfter Abschnitt: Wiederholungsprüfung</p>
§ 25	<p>Wiederholungsprüfung</p> <p>(1) Eine Fortbildungsprüfung, die nicht bestanden ist, kann zweimal wiederholt werden. Ebenso können Prüfungsteile, die nicht bestanden sind zweimal wiederholt werden, wenn ihr Bestehen Voraussetzung für die Zulassung zu einem weiteren Prüfungsteil ist. Es gelten die in der Wiederholungsprüfung erzielten Ergebnisse.</p> <p>(2) Hat die Prüfungsteilnehmerin/ der Prüfungsteilnehmer bei nicht bestandener Prüfung in einer selbstständigen Prüfungsleistung (§ 19 Abs. 2 Satz 2) mindestens ausreichende Leistungen erbracht, so ist diese auf Antrag der Prüfungsteilnehmerin/ des Prüfungsteilnehmers nicht zu</p>

	<p>wiederholen, sofern die Prüfungsteilnehmerin/ der Prüfungsteilnehmer sich innerhalb von zwei Jahren – gerechnet vom Tage der Feststellung des Ergebnisses der nicht bestandenen Prüfung an zur Wiederholungsprüfung anmeldet. Die Bewertung einer selbstständigen Prüfungsleistung (§ 19 Abs. 2 Satz 2) ist im Rahmen der Wiederholungsprüfung zu übernehmen.</p> <p>(3) Die Prüfung kann frühestens zum nächsten Prüfungstermin (§ 7) wiederholt werden. Die Vorschriften über Anmeldung und Zulassung (§ 8) gelten entsprechend.</p>
	<p>Sechster Abschnitt: Schlussbestimmungen</p>
§ 26	<p>Rechtsbehelfsbelehrung</p> <p>Maßnahmen und Entscheidungen der Prüfungsausschüsse sowie der zuständigen Stelle sind bei ihrer schriftlichen Bekanntgabe an die Prüfungsbewerberin/ den Prüfungsbewerber bzw. die Prüfungsteilnehmerin/ den Prüfungsteilnehmer mit einer Rechtsbehelfsbelehrung gemäß § 70 VwGO zu versehen.</p>
§ 27	<p>Prüfungsunterlagen</p> <p>(1) Auf Antrag ist der Prüfungsteilnehmerin/ dem Prüfungsteilnehmer binnen der gesetzlich vorgegebenen Frist zur Einlegung eines Rechtsbehelfs Einsicht in ihre/ seine Prüfungsunterlagen zu gewähren. Die schriftlichen Prüfungsarbeiten sind zwei Jahre, die Niederschriften gemäß § 23 Abs. 1, Zeugnisse und Meisterbriefe 50 Jahre aufzubewahren. Die Aufbewahrungsfrist beginnt mit dem Zugang des Prüfungsbescheides nach § 23 Abs. 1 bzw. § 24 Abs. 1. Der Ablauf der vorgenannten Fristen wird durch das Einlegen eines Rechtsmittels gehemmt.</p> <p>(2) Die Aufbewahrung kann auch elektronisch erfolgen. Landesrechtliche Vorschriften zur Archivierung bleiben unberührt.</p>

§ 28

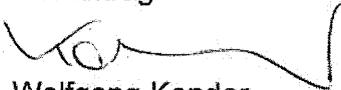
Inkrafttreten

Diese Prüfungsordnung tritt am Tag der Veröffentlichung im Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz in Kraft. Gleichzeitig tritt die bisherige Fortbildungsprüfungsordnung vom 10.03.1989, Staatsanzeiger Rheinland-Pfalz Nr. 11 vom 28.03.1989, außer Kraft.

Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion

Trier, den 23.04.09

Im Auftrag



Wolfgang Konder

Vorstehende Prüfungsordnung wird gemäß § 47 Abs. 1 Berufsbildungsgesetz von der obersten Landesbehörde genehmigt.

Ministerium des Innern und für Sport

Mainz, den 16. Juni 2009

Im Auftrag



Maria Hoegner